

Wahlprüfsteine

zur Bremer Bürgerschaftswahl 2019

**vom Bremer Verband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK),
GEDOK / Künstlerinnenverband Bremen, Künstlerhaus Bremen,
KuBO, Städtische Galerie Bremen, Verein 23 e. V.,
(AG Künstler*innenförderung Bremen)**

Kulturförderung ist die Förderung einer ästhetischen Haltung an das Leben und damit für Freiheit und Gemeinsinn. Eine Voraussetzung für künstlerische Produktivität, für ästhetische Rezeption und Kreativität ist die Kunst- und Künstler*innenförderung. Die Kunstförderung umfasst zum einen die (institutionelle) Förderung von Einrichtungen der Freien Kunstszene und Verbänden der Bildenden Kunst und zum anderen die individuelle Künstler*innenförderung mit Ausstellungsförderung, Stipendien, Katalogzuschüssen etc. Als Interessensvertreter*innen der Bildenden Künstler*innen befragten wir die fünf Fraktionen der Bremer Bürgerschaft bzw. deren Kulturdeputierte.

Die Bremer Landtags- und Bürgerschaftswahl eröffnet 2019 vor dem Hintergrund des Länderfinanzausgleichs neue Möglichkeiten und eine größere Verantwortung bezüglich der Strukturierung und Finanzierung kulturpolitischer Inhalte und Formen. Während der Länderfinanzausgleich für den finanziellen Anteil einen zukünftig größeren Spielraum verspricht, fordern gesellschaftliche und politische Debatten in steigendem Maße, mit einem bewussten Fokus auf die Freiheit von Kunst und Kultur, politische Marker zu setzen. Die Akteur*innen der freien Künste und ihre Kunst- und Kultureinrichtungen in Bremen sind aufgrund ihrer flexiblen, innovativen, interkulturellen und ästhetischen Arbeitsfelder ein wichtiger Motor für eine gesellschaftlich reflektierte und soziale Stadt.

In den letzten zwei Jahren haben sich die Künstler*innenverbände und die Einrichtungen der freien Kunstszene gemeinsam mit den anderen Sparten in einen produktiven Prozess der Selbstorganisation und -verständigung begeben, der derzeit

und auch zukünftig einen neuen Umgang mit Formaten und Institutionen sowie politische Interaktion und Kooperation bedingt und einfordert. In engagierten, dialogischen Prozessen wurde 2018 auf Initiative der Kulturbehörde hin gemeinsam der Kulturförderbericht erarbeitet, der die vielfältige und produktive Bremer Kulturlandschaft ausführlich darlegt.

Innerhalb dieser vielfältigen und produktiven Bremer Kulturlandschaft besteht die Freie Szene der Bildenden Kunst aus eigenständigen Akteur*innen mit unterschiedlichen Arbeitsfeldern: Einzelkünstler, Künstlergruppen, Ateliergemeinschaften, Ausstellungsräume und Institutionen. Daher ist in diesem Schaffensfeld die Umsetzung von Impulsen und Strategien, das Zusammenwirken von spartenübergreifenden Disziplinen, von großen und kleinen Institutionen, von Institutionen mit Kunst- und Kulturschaffenden und nicht zuletzt der Bremer Stadtgesellschaft besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit unterschiedlicher Senatsressorts von großer Bedeutung.

FRAGE 1

Für bildende Künstler*innen ist Bremen (wieder) ein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten. Allerdings wird auch hier durch die Situation auf dem Immobilienmarkt und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum die Lage angespannter. Immer öfter verlieren Künstler*innen ihre Arbeitsräume und finden keinen adäquaten Ersatz.

Frage: Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass bildenden Künstler*innen auch weiterhin ausreichend geeignete und bezahlbare Arbeitsstätten in Bremen zur Verfügung stehen, um Abwanderung zu verhindern und die künstlerische Qualität zu erhalten?

SPD

Wir stehen zu den verabredeten Zielen des Kulturförderberichts. Somit werden wir zukünftig auch mehr Geld dafür einsetzen, neue Räume zu erschließen. Wir streben an, diese möglichst im Verbund für eine Vielzahl von Akteuren zu schaffen, um so größtmögliche Synergieeffekte nicht nur in der Bewirtschaftung zu erzielen, sondern auch um kreative Netzwerke zu forcieren.

DIE GRÜNEN

Zeitgenössische Künste sollen in Zukunft ein stärkerer Faktor und ein gutes Aushängeschild für Bremen und Bremerhaven sein. Dafür wollen wir GRÜNE die Künstler*innen mit entsprechenden Arbeits-, Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten stärken. Das setzt funktionierende und kooperierende Institutionen für zeitgenössische Künste sowie die Präsenz und Wertschätzung der Kulturschaffenden in unseren Städten voraus. Kreative Räume müssen in der Stadtentwicklung dringend mehr berücksichtigt werden, denn sie sind Basis einer lebendigen Stadtkultur.

Wir GRÜNE haben uns mit dafür eingesetzt, dass es in Bremen ein Raumleerstands- und Zwischennutzungsmanagement in Form der ZwischenZeitZentrale (ZZZ) gibt, das auch für Ateliergemeinschaften Ansprechpartner ist und genutzt wird. So konnte etwa die Plantage 9 von der Stadt erworben werden, zahlreiche Künstler*innen und Kreative haben hier ein Domizil gefunden. So wollen wir neben der Zwischennutzung auch die Möglichkeiten der langfristigen Umnutzung von Flächen und Gebäuden weiter vorantreiben. Wir haben uns in der laufenden Legislaturperiode außerdem zum Beispiel dafür stark gemacht, dass das Kulturnetzwerk Zucker und die mit ihm assoziierten Künstler*innen für einige Jahre ins Papageienhaus einziehen und dort ein Kulturzentrum mit Ateliers und Werkstätten einrichten kann. Den Hochbunker-Standort an der Hans-Böckler-Straße für den Zucker e.V. haben wir auf allen politischen Ebenen unterstützt.

Das Sparkassen-Areal am Brill und das Telekom-Gelände dahinter, das Bundeswehrhochhaus, die Alte Neustadt, der Mondelez-Turm und später das Hachez-Gelände bieten aus unserer Sicht den nötigen Platz nicht nur für Wohnungen, Start-ups, Labore, Institute und Fachbereiche der Hochschulen, sondern ebenso für Ateliers und geeignete Arbeitsstätten für Künstler*innen. Wir werden weiterhin die vielfältigen, innovativen und mutigen Kulturschaffenden in Bremen und Bremerhaven unterstützen und ihnen die entscheidenden Freiräume, und uns in den Haushaltsverhandlungen für die nötige Planungssicherheit einsetzen.

DIE LINKE

Dass Ateliers und Werkstätten zur Verfügung stehen, ist eine zwingende Voraussetzung, damit sich bildende Künstler*innen in Bremen niederlassen und dauerhaft tätig sein können. Nur ein Bündel von Maßnahmen wird sicherstellen können, dass in einem ausreichenden Maß entsprechende Immobilien zur Verfügung stehen. Hierzu gehört zum einen Zwischennutzung, zweitens die dauerhafte Umwandlung beispielsweise alter Industriebauten in Atelierhäuser und drittens das Mitdenken von Kunst und Kultur bei der Erschließung neuer Quartiere. Letzteres erwarten wir sowohl von privaten Investor*innen beispielsweise bei der Neuentwicklung des Tabakquartiers zwischen der Neustadt und Woltmershausen als auch von der Stadt bei der Teilbebauung der Rennbahn.

CDU

Auch Bremen ist eine wachsende Stadt. Die rot-grüne Landesregierung hat dieser Entwicklung in den letzten Jahren in Bezug auf die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbeflächen in der Stadt nicht ausreichend Rechnung getragen. Wir können die Problematik daher gut nachvollziehen. Wir wollen mit den Einnahmen aus der sogenannten »Citytax« ein Förderprogramm zur Schaffung von Atelierräumen auflegen. Daneben könnten Lösungsansätze durch verstärkte Kooperationen mit bestehenden Kultureinrichtungen oder z. B. Schulen und Hochschulen Abhilfe schaffen.

FDP

Wir wollen fokussiertere Rahmenbedingungen für alle freien Künste schaffen:

- Kunst und Kultur als wesentlichen Standortfaktor und Bestandteil des Markenkerns anerkennen, einpflegen und ausbauen (Städte- und Ländermarketing, Tourismus, Wirtschaftsstandort)
 - Kulturelle Bildung (»lifelong learning culture«) und kulturelle Teilhabe für alle Interessensgruppen ermöglichen, nicht nur Kinder und Jugendliche, auch Senioren, gehandicapte und benachteiligte Menschen sowie Flüchtlinge.
- Alle Ressorts sollten daher mehr aus dem Schubladendenken rauskommen und anerkennen, dass Kunst und Kultur und damit auch die freie Szene eine zentrale Querschnittsfunktion haben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kinder, Soziales, Wirtschaft, und Wissenschaft.
- Eine Angliederung des Kultur Ressorts an ein Senatsressort wäre eine Überlegung zur Stärkung der Schnittstellenfunktion von Kunst und Kultur. Eine Kombination mit Bildung/Kinder oder Soziales wäre z. B. ein überlegenswerter Gedanke.

FRAGE 2.1

Die Förderung für Projekte von Künstler*innen der Freien Szene muss in der finanziellen Dimension den tatsächlichen Bedarfen angepasst werden.

Frage: Befürworten Sie die Zuweisung eines deutlich erhöhten, verbindlichen und stetigen Haushaltstitels für Projekte der Bildenden Künste und die Einführung arbeitssozialer Standards? Wenn ja, in welcher Höhe?

SPD

Eindeutig ja. Konkret erarbeiten wir aktuell eine Rahmenrichtlinie zur Verbesserung sozialer Standards auch bei der Projektförderung, die anteilig Sozialleistungen berücksichtigt. Wir streben an, dass die Kulturszene mindestens in gleicher Höhe von den bremischen Mehreinnahmen profitiert wie aktuell am Gesamthaushalt. Entsprechend würden sich auch für die bildende Kunst deutlich höhere Spielräume ergeben. Den dazugehörigen Haushaltsberatungen können wir mit Parteiprogrammen aber nicht vorgreifen.

DIE GRÜNEN

Neben den institutionell geförderten Einrichtungen ist die freie Szene ein elementarer Bestandteil der Kunst- und Kulturszene Bremens. Wir möchten die Künstler*innen und Kollektive der freien Szene verlässlich unterstützen. Der Solidarpakt für Kultur, in dessen Rahmen die Kooperation zwischen institutionell geförderten Einrichtungen und freier Szene gefördert wurde, war und ist eine Übergangslösung für die finanzielle und räumliche Ausstattung der freien Szene. Wir sehen, dass Jahr für Jahr die Anzahl der Projektanträge spartenübergreifend die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei weitem übersteigt. Aber wir wollen keine Wahlversprechen machen, die sich nicht einlösen lassen. Auch wenn die finanziellen Spielräume im Bremer Haushalt größer werden, wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Nach Auslaufen des Solidarpakts streben wir eine dauerhafte und bessere Planungssicherheit für die freie Szene an. Neben der Schaffung beständiger Proben- und Produktionsräume sowie Aufführungsorte, möchten wir vor allem eine bedarfsgerechtere Finanzierung sicherstellen.

Aber auch eine kleinere Investitionssumme, z. B. für ein Programm zur Verschönerung von Klassenzimmern in Kooperation mit Bremer Künstler*innen, wollen wir auflegen. Durch das Aus der »Stiftung Wohnliche Stadt« oder dem Fehlen einer staatlichen Ankaufskommission für zeitgenössische Kunst gehen Bremen wichtige Anreize verloren, Künstler*innen in der Stadt zu halten und die eigenen Traditionen fortzuschreiben. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode deshalb mit den Verbänden gemeinsam prüfen, welche Instrumente geeignet und finanzierbar erscheinen, um die Förderung von Künstler*innen weiterzuentwickeln.

Wir GRÜNE wollen die Künstlersozialkasse erhalten und darüber

hinaus die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln, zu der alle Bürger*innen beitragen. Durch die stabilere Basis schaffen wir solidarische und verlässliche Sozialversicherungen für alle. Leistungen von Künstler*innen müssen angemessen vergütet werden – das gilt erst recht und insbesondere für öffentlich-rechtliche Auftraggeber und mit Blick auf den Abbau des Gender Pay Gap

DIE LINKE

DIE LINKE strebt eine deutliche Erhöhung des Projektmittelatzes zur Stärkung der Freien Kulturszene in Bremen an, von der selbstverständlich auch die Bildende Kunst profitieren muss. Allerdings halten wir es nicht für zielführend, bei diesem zukünftig starre Grenzen zwischen den Kultursparten einzuführen. Wir erwarten, dass künftig Regelungen für gute Arbeitsbedingungen in der Kultur in die Förderrichtlinien aufgenommen werden. Hierzu gehört für uns beispielsweise ein Mindesthonorar, das nicht unterschritten werden darf. Wie sich dies angemessen für Projekte der Bildenden Kunst umrechnen lässt, wird noch zu ermitteln sein. Wir erwarten, dass Senat und Bildende Künstler*innen sich hier nach der Wahl gemeinsam auf ein Modell einigen.

CDU

Im Sinne der Haushaltsklarheit und -transparenz wäre ein eigenständiger Haushaltstitel sicher von Vorteil. Die konkrete Höhe muss im Rahmen der Haushaltsberatungen festgelegt werden. Wir haben bereits in der Vergangenheit die Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden, Musikern und Schauspielern thematisiert. Auf Bundesebene haben wir uns für die Stärkung der sozialen Sicherung durch die Künstlersozialkasse eingesetzt. Bei Förderungen aus dem bremischen Haushalt müssen wir mit den Empfängern zu Verfahren kommen, in denen eine finanzielle Selbstausbeutung und das Herbeiführen prekärer Beschäftigung ausgeschlossen werden.

FDP

Eine institutionelle Förderung sollte als Anreiz ermöglicht werden, aber dynamisch, nicht starr. Durch die Entwicklung von »Überkonzepten« können nachhaltig relevante Projekt – Plattformen der Bildenden Künste geschaffen werden, die dann ggf. eine temporär institutionelle Förderung erhalten könnten.

FRAGE 2.2

Die AG Künstler*innenförderung erarbeitet derzeit ein Bremer Modell für Künstler*innenhonorare, wie Sie bundesweit diskutiert werden und in anderen Städten bereits umgesetzt werden.

Frage: Wie stehen Sie zu so einem verbindlichen Modell für Ausstellungshonorare?

SPD

Positiv. Ausstellungshonorare sind neben Ankäufen, Projekt- und Katalogförderung wichtige Instrumente der künstlerischen Individualförderung. Wir wollen, dass die Förderung der Freien Szene sich an den spezifischen Bedingungen der Sparten orientiert und damit sind wir gehalten, den Arbeitsbedingungen der bildenden Künstlerinnen und Künstler Rechnung zu tragen. Die Höhe der Ausstellungshonorare kann nur als eine Maßnahme in diesem Kontext betrachtet werden. Wichtig ist auch, angemessene Projektfinanzierungen auf den Weg zu bringen, um spätere Altersarmut zu vermeiden. Wir werden in enger Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstler neue Instrumente hinsichtlich ihrer Wirksamkeit im Prozess immer wieder kritisch überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

DIE GRÜNEN

Die freie Kulturszene ist besonders von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen, wie nicht zuletzt auch die Veröffentlichungen des bbk zur wirtschaftlichen und sozialen Situation bildender Künstler*innen belegen. Wir GRÜNE begrüßen daher die Initiative für verbindliche Ausstellungshonorare, wie sie jetzt in einzelnen Bundesländern durch die Verankerung eines eigenen Postens im Kulturretat umgesetzt werden soll und wie sie in Schweden (»Schwedisches Modell«) schon länger zum Tragen kommt. Zur Unterstützung der bildenden Künstler*innen sollen die mit Landesmitteln geförderten Institutionen dabei künftig verpflichtet werden, bei allen Ausstellungen Honorare an die ausstellenden Künstler*innen zu zahlen. Die Vergütung bei Ausstellungsbeiträgen halten wir für ein faires Instrument, um die Förderung der Künstler*innen auch in Bremen zu verbessern. Am Dialog über die konkrete Ausgestaltung, praktikable und finanzierbare Ansätze und etwaige Leitlinien beteiligen sich die Bremer GRÜNEN gerne. Denn bildende Künstler*innen

müssen wie die Urheber*innen anderer Sparten an der Verwertung ihrer Werke beteiligt werden, damit sie neben dem Verkauf auch durch die Ausstellung eigener Werke in eine fairere Wettbewerbssituation kommen. Dazu hat unsere Bundestagsfraktion schon in der vorletzten Legislaturperiode einen Antrag eingebracht (Drucksache 17/6346). Die von uns geforderte Aufnahme einer pauschalierten Ausstellungszahlung in die Fördergrundsätze der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, BKM, wäre ein wichtiges Signal der Wertschätzung und ein Schritt zur Verbesserung der Entlohnung künstlerischer Leistungen in den Bereichen bildende Kunst und Fotografie gewesen. Diese Initiative hat jedoch keine Mehrheit gefunden. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass der Bund dadurch eine Vorbildfunktion für Länder, Kommunen und private Aussteller hätte übernehmen können.

DIE LINKE:

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem verbindlichen Modell für Ausstellungshonorare.

CDU

Wir stehen verbindlicheren (Mindest-) Honoraren sehr offen gegenüber. Wir würden den Erarbeitungsprozess gemeinsam mit den Künstlerinnen und Künstlern begleiten. Eine verbindliche Honoraruntergrenze für Ausstellungen kann hierbei eine Lösung sein.

FDP

Wir sehen in der Entwicklung von verbindlichen Ausstellungshonoraren und prinzipiellen Honoraruntergrenzen probate Mittel, allerdings sollte eine Dynamik für eine regelmäßige Anpassung bzw. Erhöhung des Mindesthonorarsatzes installiert werden können, damit eine Anpassung an die Preisentwicklung stattfindet.

FRAGE 3

Um die immer komplexer werdenden Aufgaben von Berufsverbänden und Institutionen der Freien Szene zu bewältigen, müssen diese ihre Tätigkeiten qualitativ und quantitativ erweitern, um den Erwartungen und (eigenen) Ansprüchen gerecht zu werden.

Mit den bisherigen finanziellen Mitteln, auch unter Berücksichtigung des Einwerbens von Drittmitteln für künstlerische Projekte und eigenen Mitgliedsbeiträgen, ist diese Erweiterung auf Grund des strukturellen Defizits nicht zu schaffen.

Frage: Wie werden Sie die Stärkung der Künstler*innenverbände und der Einrichtungen der freien bildenden Kunstszene bei der adäquaten Finanzierung von Geschäftsstellen und gesteigerten Arbeitskosten zur Bewältigung und Professionalisierung dieser Arbeit unterstützen?

SPD

Künstler*innenverbände und Einrichtungen der freien bildenden Kunstszene leisten sehr wichtige Arbeit, insbesondere auch bei der Förderung des künstlerischen Nachwuchses und der Netzwerkarbeit. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, haben wir in engem Dialog mit den Verbänden vereinbart, Stellenkontingente dort, wo es notwendig ist, auszubauen und Strukturen zu stärken. So ist es Künstlerinnen und Künstlern möglich, ihre Interessen auch unabhängig von staatlichen Einrichtungen wahrzunehmen.

DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass die Verbände gestärkt werden, die die freie Kulturszene begleiten und konzeptionell wie programmatisch unterstützen. Die Verbände leisten eine unverzichtbare Arbeit: Sie gewährleisten unter anderem Vernetzung, Beratung, Fortbildung, Austausch und Unterstützung von Künstler*innen und müssen dafür auch die entsprechende Ausstattung erhalten. Auch bei der Vergabe der Förder- bzw. Projektmittel wollen wir den Sachverstand der Verbände mehr einbinden.

Im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 haben wir GRÜNE unter anderem einen Aufwuchs der Mittel der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren beantragt, ebenso der Projektförderung und der Förderung der kulturellen Bildung in unterschiedlichen künstlerischen Bereichen, die auch Künstler*innen vor Ort zu Gute kommen sollen.

DIE LINKE

In den jeweiligen Kultursparten haben die Verbände der Kulturschaffenden wichtige Aufgaben der Interessensvertretung nach außen und für die Unterstützung ihrer Mitglieder nach innen. DIE LINKE teilt ausdrücklich die Forderung, die Arbeit dieser Verbände zu professionalisieren, dies gilt selbstredend auch für die Bildenden Künste. Die so gestärkten Geschäftsstellen sollten

dann zusätzliche Beratungsaufgaben z. B. zur Antragsstellung für die Künstler*innen übernehmen.

CDU

Die freie bildende Kunstszene beruht in ihrem Wesenszug auf der Unabhängigkeit der Künstlerinnen und Künstler von staatlichen Strukturen, sodass es von Seite der öffentlichen Hand immer nur begrenzte Hilfen geben kann. Kurzfristig könnten Lösungsansätze durch verstärkte Kooperationen mit bestehenden Kultureinrichtungen oder z. B. Schulen und Hochschulen Abhilfe schaffen, langfristig sehen wir große Potentiale zur Entbürokratisierung und Kostenreduzierung in der konsequenten Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Daneben stehen wir der Schaffung und Bereitstellung zentraler Räumlichkeiten grundsätzlich offen gegenüber.

FDP

Wie Best-Practice Beispiele in anderen Städten zeigen, ist die Schaffung einer zentralen Proben- und Produktionsstätte eine sehr wirksame Maßnahme, um den Mangel an Proben- und Arbeitsräumen zu beheben. Zudem sind zentrale Werkstätten und Lagerungen von Material, Technik, Fundus etc. notwendig. Auch ein Fahrzeugpool oder Fahrt- und Transportdienste sollte verfügbar gehalten werden »on-demand«.

Wie z. B. in Frankfurt erfolgreich umgesetzt, könnte in der Anschubfinanzierung durch die Behörde oder private Sponsoren dann eine Vereinsstruktur folgen, die dann Einnahmen durch Vermietung und Lagerung selbst verwaltet und somit auch Personal dafür vorhalten kann.

Eine übergreifende Geschäftsstelle kann zudem effektiver beraten und fortbilden, hält den Kontakt zu Politik und Kulturbehörde, betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, und vertritt die Belange der freien bildenden Kunstszene auf Bundesebene. Auch eine solche Bündelung findet unsere Unterstützung.

FRAGE 4

Bildende Künstler*innen reflektieren, katalysieren und inspirieren das ästhetische Bild und Zusammenleben in einer Stadt. Die Beteiligung von Künstler*innen an Gestaltung von Stadt im Rahmen von Kunst am Bau und Kunst im Öffentlichen Raum spielen dabei eine große Rolle.

Frage: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Beteiligung von Bildenden Künstler*innen bei Baumaßnahmen (Rahmenrichtlinie von 2011, novelliert 2018) wie in anderen Bundesländern üblich, zu beteiligen und die Kunst im Öffentlichen Raum weiterhin zu befördern. Welche (verbindlichen) Kooperationsformen zwischen den betreffenden Ressorts und dem Kulturressort schlagen Sie vor?

SPD

Der Landesbeirat für Kunst im öffentlichen Raum leistet seit vielen Jahren eine gute Arbeit. Wir wollen in Zusammenarbeit mit diesem Gremium und anderen Senatsressorts ermöglichen, dass die zusätzlichen finanziellen Spielräume gezielt genutzt werden, um die Förderung von Kunst im öffentlichen Raum zu verstärken. Auf diese Weise wird dem Anliegen Rechnung getragen, die Begegnung mit neuen künstlerischen Impulsen im Stadtraum zu ermöglichen.

Im Kontext bedeutender öffentlicher Baumaßnahmen werden wir uns dafür einsetzen, dass in diesen Prozessen auch Mittel für korrespondierende künstlerische Maßnahmen im öffentlichen Raum eingesetzt werden, so wie die Rahmenrichtlinie Bau es vorsieht. Dazu bedarf es auch einer engen Abstimmung zwischen den Ressorts Bau und Kultur, die in einer verbindlich eingerichteten gemeinsamen Arbeitsgruppe beider Ressorts erfolgen soll.

DIE GRÜNEN

Die Beteiligung von Künstler*innen an Stadtplanung und der Ausbau von Kunst im öffentlichen Raum ist uns ein wichtiges kulturpolitisches Anliegen. Aus diesem Grund haben wir GRÜNE in der laufenden Wahlperiode in der Stadtbürgerschaft nach der Beteiligung bildender Künstler*innen (Kunst am Bau) bei der Umsetzung der »Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau)« gefragt. Wir wollten wissen, wie der Senat die Umsetzung der RLBau in der Fassung von 2011 in Bezug auf die verfahrensgemäße Prüfung der Beteiligung bildender Künstler*innen bewertet, welche Kenntnisse ihm über die Realisierung künstlerischer Beteiligung bei Baumaßnahmen durch Ressorts, Eigenbetriebe, Anstalten und Beteiligungsgesellschaften seit 2011 vorliegen und wie hoch die seit 2011 aufgewendeten Mittel für die Realisierung von Kunst am Bau-Vorhaben entsprechend der Richtsätze der Bauwerks-Kostengruppe 300 (DIN 276) sind. Die Antworten zeigen, dass wir hier noch ganz am Anfang stehen (https://www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/user_upload/Dateien/plenar/18S_Antworten.pdf). »Perspektivisch wird angestrebt«, so heißt es in der Antwort des Senats, »dass eine übergeordnete Projektgruppe, unter anderem bestehend aus dem bauenden Ressort, dem Denkmalschutz, der

Stadtentwicklung, Vertretern der Senatorin für Kultur und den Anwohnern, bereits bei der Projektdefinition einvernehmlich die Maßnahmenziele festlegt.« Diesen Ansatz wollen wir GRÜNE in der nächsten Legislaturperiode weiterverfolgen und auf eine bessere Umsetzung der RLBau drängen. Zu überlegen wäre, wie auch private Investor*innen für mehr Kunst am Bau-Projekte gewonnen werden können. Hier wollen wir dran bleiben.

DIE LINKE

Die zuletzt 2018 novellierte Rahmenrichtlinie für Baumaßnahmen enthält klare und unserer Meinung nach ausreichende Vorgaben zur Realisierung von Kunst am Bau. Eine enge Kooperation von Bau- und Kulturbehörde sowie Immobilien Bremen ist unerlässlich, um diese Vorgaben umzusetzen und verbindlich in die Abläufe für öffentliche Bauten zu integrieren. Darüber hinaus hat die Kunst im öffentlichen Raum in den letzten Jahren in Bremen zu wenig Aufmerksamkeit erhalten und ist in der Förderung zu sehr auf eine Funktion zum Aufhübschen sogenannter Angsträume reduziert worden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Kunst im öffentlichen Raum wieder in ihrer Eigenständigkeit wahrzunehmen und zu fördern.

CDU

Alle bauenden Senatsressorts sind der Förderung von Kunst im öffentlichen Raum verpflichtet. Leider wurden sowohl für die Neuschaffung von Kunstwerken als auch den Erhalt zu wenig Mittel in den letzten zehn Jahren bereitgestellt. Wir wollen die Stellung des Landesbeirats Kunst im öffentlichen Raum wieder stärken.

FDP

Zentrale Maßnahme wäre die Entwicklung eines Masterplans, in dem innerstädtisch markante Punkte und Destinationen definiert werden, an denen Kunst im öffentlichen Raum zur Ikonisierung und Attraktivitätssteigerung des Stadtbildes für Bürger und Touristen beitragen kann. Eine ArGe könnte auf drei Ebenen wirken

1. den Ist-Zustand zu optimieren (insbesondere was Instandhaltung und Wartung angeht),
2. laufende Bauprojekte zu prüfen und ggf. Kunst zu integrieren
3. zukünftige Bauvorhaben begleiten.

FRAGE 5

Der Güterbahnhof mit seinem Künstlerhaus und den angeschlossenen Ateliers und kulturellen Werk- und Veranstaltungsstätten ist seit 1997 ein zentraler und kultureller Produktionsort der Bremer Szene. Hier überschneiden sich verschiedene Kunst- und Kultursparten, regionale und internationale Kunstszenen wie nirgendwo sonst in Bremen. Seit zehn Jahren wird das Gelände auf der Basis einer Zwischennutzung vom Künstler*innen- und Kulturverein »Verein 23« gesamtbewirtschaftet und entwickelt. Der bisherige Zwischennutzungsvertrag ist zum 1.1.2017 ausgelaufen. Seitdem besteht ein Gewerbemietvertrag mit 3-monatiger Kündigungsfrist. Die zahlreichen Nutzer*innen befinden sich damit in einem Zustand fortwährender Unsicherheit, was den Verbleib der Arbeits- und Veranstaltungsstätten auf dem Gelände, aber auch den Spielraum ihrer zukünftigen Entwicklung von Aktivitäten betrifft.

Frage: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem Güterbahnhof eine weitere sachgerechte Zwischennutzung zu ermöglichen?

SPD

Die Szene um den Güterbahnhof erfreut sich hoher Akzeptanz und ist inzwischen ein stilprägendes Merkmal im urbanen Raum geworden.

Es gibt einen intensiven Arbeitsprozess zwischen den beteiligten Behörden. Wir erwarten, dass auf der Grundlage eines das Gelände betreffenden lösungsorientierten Sicherheitskonzeptes für die Zeit der Zwischennutzung bis zum möglichen Umbaubeginn eine verbindliche Vereinbarung für die dort ansässigen Künstler*innen getroffen wird, um ihnen zumindest für diesen Zeitraum Planungssicherheit zu verschaffen. Sollte, wie bisher beschlossen, die Umnutzung des Areals erfolgen, gehen wir davon aus, dass den betroffenen Kulturakteuren alternative Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

DIE GRÜNEN

Zuerst einmal ist es für uns GRÜNE wichtig festzuhalten, dass der Güterbahnhof als elementarer Bestandteil der Bremer Kunst- und Kulturszene unbedingt erhalten bleiben muss. Hier treffen sich Hoch- und Subkultur, Jung und Alt, unterschiedlichste Künstler*innen und Kulturschaffende finden hier ein Zuhause, einen Anlaufpunkt, Inspiration und Möglichkeiten. Dieses Areal ist sehr besonders und von einem hohen Wert nicht nur für die Kunst- und Kulturszene, sondern darüber hinaus für unsere Bremer Stadtgesellschaft. Den derzeitigen vertraglichen Zustand finden wir sehr unbefriedigend und drängen auf eine baldige Lösung. Wir wünschen uns einen Vertrag, der mindestens wieder eine langfristige Zwischennutzung (10 Jahre plus X) gewährleistet. Statt existenziellen Bangens um die Zukunft sollten wir dem Güterbahnhof Sicherheit bieten. Diese wird gebraucht, um auch endlich wieder investieren zu können – mit unsicherer Zukunft gestaltet man anders als mit der Gewissheit, dass es sich lohnt und weitergeht. Der Vermieter der Fläche ist die WFB, es werden Gutachten verlangt und erstellt, es gab mittlerweile zahlreiche Treffen – bisher ohne Resultat. Das darf so nicht weitergehen, hier wollen wir ansetzen und drängen auf ein Ergebnis.

Aber so gut auch das Instrument der Zwischennutzung ist (die wir prinzipiell ja auch unterstützen und vorantreiben), so sehr laufen leider auch gerade Kunst- und Kulturprojekte immer wieder Gefahr, damit abgespeist oder vertröstet zu werden. Da der Stadtraum begehrt und begrenzt und damit der Druck hoch ist, werden häufiger eigentlich suboptimale Wege eingeschlagen als keine Lösung zu haben. Hier möchten wir uns dafür einsetzen, dass häufiger die Umwandlung von Zwischennutzungen in Umnutzungen ermöglicht wird und dass bestimmte Räume, Gebäude, Flächen langfristig und ohne Unsicherheit und Angst vor Verlust zur Verfügung stehen.

DIE LINKE

Der Güterbahnhof hat sich zu einem wichtigen Ort des Bremer Kunst- und Kulturschaffens entwickelt, der aus der lokalen Szene nicht mehr wegzudenken ist. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diesen dauerhaft zu erhalten und auch vertraglich abzusichern. Nach zehn Jahren sollte der Zustand der Zwischennutzung einmal beendet werden.

CDU

Mit allen Beteiligten muss eine Abstimmung erfolgen, um den Künstlerinnen und Künstlern zumindest mittelfristige Planungssicherheit zu geben. Eine städtebauliche oder wirtschaftliche Nutzung des Geländes darf weder ausgeschlossen noch »plötzlich und unerwartet« verkündet werden.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen, dass es eine verbindliche Perspektive für die Nutzerinnen und Nutzer gibt. Dazu gehört, dass ein klarer Zeitplan verbindlich festgelegt wird, bis wann Nutzungen möglich sind und der unsägliche Schwebezustand beendet wird. Zudem sind Alternativen für die Zeit zu entwickeln, ab der der Güterbahnhof nicht mehr genutzt werden kann. Hier ist das Ressort gefordert! Wir werden darauf drängen, dass es dieser Aufgabe nachkommt.

FRAGE 6

Bremen hat keine Online-Plattform, die das vielfältige Kunst- und Kulturangebot adäquat und zeitgemäß präsentiert. Die vorhandenen sind unübersichtlich, nicht kulturspezifisch und bilden zudem immer nur Ausschnitte und diese auch nur unzureichend ab. Dies gilt für sämtliche Sparten. In der Freien Szene hat sich eine übergreifende Öffentlichkeitsgruppe gebildet, die ein Konzept zu einer Kultur-Plattform einschließlich neuer Formen des Reportings erarbeiten will. Eine derartige Online-Plattform kann nicht die Angelegenheit einzelner Künstler*innen oder Verbände sein, es wäre eine Aufgabe, die unbedingt in Verbindung zum Stadtmarketing von Bremen stehen sollte.

Frage: Welche Möglichkeit sehen Sie, die Entwicklung einer Kultur-Online-Plattform der Freien Szene und ihrer Einrichtungen zu fördern und finanziell abzusichern?

SPD

Wir haben in den letzten Monaten intensive Gespräche zum Thema Verbesserung der medialen Kommunikation geführt. Eine Online-Plattform für die Freie Szene wird aus haftungsrechtlichen Gründen nur über die Verbände darstellbar sein. Dieses Projekt werden wir im Rahmen der Verbandsförderung zusätzlich unterstützen.

DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE befürworten die Schaffung einer zentralen Einrichtung, um Kulturschaffende stärker zu unterstützen (z. B. Antragsstellung, Öffentlichkeitsarbeit etc.). Dazu gehört für uns auch eine Kultur-Online-Plattform, die mit den Kulturtreibenden gemeinsam entwickelt wird, um die passgenauen Bedarfe der Kulturtreibenden zu decken. Für die Bereitstellung der dafür nötigen Mittel werden wir uns in den Haushaltsberatungen einsetzen.

DIE LINKE

Die Online-Präsentation der Bremer Kulturszene lässt in der Tat zu wünschen übrig. Hierzu gehört auch, dass es verwirrende Doppelstrukturen in der Webpräsenz von Wirtschaftsförderung und Tourismuszentrale gibt. Wir setzen uns dafür ein, diese zu

einem Kulturportal zusammenzuführen, das in enger Abstimmung mit den Kulturschaffenden erstellt und zu pflegen ist. Dabei ist auch zu klären, welche Elemente zentral auf der offiziellen Seite durch die Stadt präsentiert werden sollen und welche Aufgaben die Verbände der Kultureinrichtungen haben. Auf jeden Fall muss eine Lösung gefunden werden, in der auch die Freie Szene angemessen dargestellt wird.

CDU

Leider gibt es weder eine analoge noch eine digitale Strategie um Bremens Kulturangebot seitens der Stadt angemessen darzustellen. Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung des Städtemarketings ein und wollen zum Beispiel Bremen-App einführen, in der alle Angebote der Stadt nicht nur dargestellt werden, sondern auch das Ticketing vorgenommen werden kann.

FDP

Bezugnehmend auf unser Antworten zur Frage 1 ist so einen Entwicklung zu begrüßen. Dies sollte jedoch aus der Wirtschaftsförderung und aus dem Kulturressort heraus initiiert werden und sich dann über eine Ausschreibung an externe Dienstleister operationalisieren – ähnlich wie beim Vorhaben BREMINALE 2.0.